

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Zum Untergang der Credit Suisse

2

Krieg, Frieden, Neutralität

10

So wird Massenmigration produziert

17



Trennbanken- statt Universalbankensystem!

Zum Untergang der Credit Suisse

von Hans Geiger, em. Professor für Bankenwesen, Weiningen ZH

Zwei Fragen stellen sich im Zusammenhang mit dem Untergang der Credit Suisse. Erstens: Wer ist schuld? Zweitens: Was ist jetzt zu tun?



Die Antwort auf die erste Frage ist rechtlich klar: Der Verwaltungsrat der Bank ist schuld. Gemäss Bankengesetz ist er verantwortlich für die «Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle». Bei allen drei Aufgaben hat er versagt. Die Strategie war falsch, die Aufsicht über die Geschäftsleitung wurde vernachlässigt, das Kontrollsystem funktionierte nicht. Das weiss auch der langjährige Verwaltungsratspräsident und Jurist Urs Rohner. Dass er sich mit einer weissen Weste bekleidet hat, spielt rechtlich keine Rolle.

Die Gier

Man kann die Frage auch anders als aus rechtlicher Sicht beantworten: Schuld ist die Gier der Manager. Im Katholizismus gehört die Habgier zu den sieben Hauptlastern. Um die Gier im Falle der Credit Suisse nachzuweisen, muss man nicht Theologie studiert haben. Es genügt ein Blick in die Buchhaltung. Die Bank hat in den letzten neun Jahren mehr Boni an die Verwaltungsräte und Manager ausgeschüttet, als sie überhaupt verdient hat. Wenn das nicht Gier ist, dann ist es ein Ausfluss von Managersozialismus: Alles für die Manager, nichts für die Kapitalisten (Aktionäre).

Die heutige Grossbankenkrise ist nicht die erste der Nachkriegszeit, sondern schon die dritte: 1977 erschütterte der SKA-Chiasso-Skandal die Schweiz, 2008 die UBS Subprime-Krise.

Der Rettungsschirm

Nach der staatlichen Rettung der UBS von 2008 war sich die Schweiz einig: Eine solche Krise darf es nie wieder geben. Bundesrat und Parlament haben ein Regelwerk geschaffen zur Stabilisierung, Sanierung oder Liquidation der fünf «systemrelevanten» Institute. Das Regelwerk trägt den Namen «Too Big To Fail», zu gross zum Scheitern. Das Regelwerk selbst ist jetzt gescheitert.

Das hat die Finanzmarktaufsicht anders gesehen. Gemäss dem Bericht der FINMA von 2022 konnten die UBS und die Credit Suisse «mit weiteren operationellen Verbesserungen entsprechende Fortschritte in ihrer globalen Abwickelbarkeit erzielen, insbesondere in den Bereichen der operativen Entflechtungen, der Bereitstellung von Liquiditäts- und Kapitalinformation für die Krisenbewältigung sowie der Vorbereitung einer Post-Bail-in-Restrukturierung».

Als die Credit Suisse Mitte März ins Wanken geriet, blieb das Dossier «Too Big To Fail» in der Schublade. Von dort muss es jetzt in den Papierkorb wandern.

Abspaltung des Schweizer Geschäfts

Die neue UBS muss die alte Credit Suisse Schweiz wieder abgeben, entweder an die Börse oder an ein anderes Institut. Es kann aus wettbewerbspolitischen Gründen nicht sein, dass ein einziges Grossinstitut den Schweizer Bankenmarkt dominiert, vor allem im Firmenkundenbereich.

Diese Massnahme befreit die UBS-Führung auch von der Mammut-Aufgabe, die Credit Suisse Schweiz in ihre Informatik und Logistik zu integrieren. Möglich



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

wäre dies zwar, aber es würde die Management-Ressourcen über Jahre extrem beanspruchen.

Trennbankensystem

Bundesrat und Parlament müssen auf dem Gesetzesweg ein Trennbankensystem einführen. Das Universalbankensystem nach schweizerischem oder deutschem Muster ist zu anfällig auf Krisen und beinhaltet zu viele Interessenkonflikte. Unseren Banken ist das Investment Banking-Geschäft zu verbieten. In den USA hat sich das Trennbankensystem nach der grossen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 1933 bis 1999 als robust bewährt.

Pikant ist, dass SVP-Doyen Christoph Blocher vor zehn Jahren in einer einmaligen Aktion zusammen mit Exponenten der SP versucht hat, ein solches Trennbankensystem einzuführen. Blocher glaubte nicht an die Wirksamkeit des «Too Big To Fail-Regimes». Der Vorstoss ist gescheitert.

Bonus verbieten

Den Banken sind Bonussysteme gesetzlich zu verbieten. Bonussysteme haben für Banken zwei grosse Nachteile: Sie ziehen die falschen Leute an, und sie motivieren die Leute zu falschen Entscheidungen. In vielen Banken hat sich eine extrinsische Bonus-Unkultur breit gemacht, die mitentscheidend ist für die

LACHEN VERBOTEN!



hf. Dienstag, 30.3.2023, 08.06 Uhr. Telefon an die Baudirektion des Kantons Zürich wegen einer Auskunft. Es läutet, läutet und läutet. Dann endlich eine Stimme ab Tonband: «Dieses Gespräch kann zu Schulungszwecken aufgezeichnet werden; falls Sie dies nicht wollen, wählen Sie bitte die Eins». Wähle ich nicht – Schulung ist immer gut. Irgendwann kommt dann im Tempo des Gehetzten pausenlos die Meldung: «Legen Sie nicht auf, Ihr Anruf befindet sich in der Warteschleife.» Und dies rund 20 mal. Dann kommt die scheinbare Erlösung: «Ihr Anruf befindet sich als erster in der Warteschleife.» Dies genau 24 mal, bis ich um 08.17 Uhr leicht genervt aufhänge. Hoffentlich findet die Schulung bald statt.

existenziellen Krisen in grossen Banken, und damit für die gesamte Wirtschaft.

Man mag einwenden, man brauche Bonussysteme, um die besten Leute anstellen zu können. Das Argument ist falsch. Ein Bonusverbot verhindert nicht, dass eine Bank Spitzensaläre bezahlt. 1 Millionen Franken Salär ist gleich viel wie 500'000 Franken Salär und eben so viel Bonus. Zudem ist es ein Armutszeugnis, wenn ein Institut mit 50'000 Mitarbeitern für seine Schlüsselpositionen

Fortsetzung auf Seite 5

Die Befehlsempfänger zu Bundesbern

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

im externen Arbeitsmarkt mit Bonussystemen Leute suchen muss. Haben diese Institutionen kein Programm, mit dem die besten internen Leute identifiziert, gefördert und befördert werden können?

Das Verbot von Bonussystemen kann auf Banken beschränkt werden, weil den Banken für die gesamte Wirtschaft eine einzigartige und zentrale Rolle zukommt. Sinnvoll wäre ein Verzicht auch für viele andere Branchen.

Mehr Kapital

Die Eigenmittelvorschriften für Banken sind massiv zu erhöhen, und sie sollen nicht mehr auf «risikogewichteten» Engagements berechnet werden. «Risikogewichtung» tönt zwar gut, ist aber eine Einladung zu Kreativität und Manipulation. Besser ist «einfach und klar», die Grössenordnung irgendwo zwischen zehn und zwanzig Prozent der Engagements. Das wäre für die Credit Suisse rund dreimal mehr als per Ende 2022 ausgewiesen.

Schärfere Sanktionen gegen die Chefs

Verschiedentlich wird auch die Finanzmarktaufsicht für den Untergang der Credit Suisse mitverantwortlich gemacht. Das scheint nicht ganz berechtigt. Der Polizist ist auch nicht verantwortlich für den Raser-Unfall. Mehr Biss der FINMA gegenüber den Grossen des Finanzplatzes wäre schon möglich gewesen. FINMA-Präsidentin Marlene Amstadt sagte jüngst, die Behörde habe schon sehr früh bei der Bank interveniert. Die Bank habe aber mangelhaft kooperiert und sich geweigert, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Ein Gewährsverfahren gegen den Verwaltungsratspräsidenten hätte viel Mut gebraucht, bestimmt aber etwas bewirkt. Jetzt ist geplant, den Werkzeugkasten der FINMA zu ergänzen. Sanktionen sollen vermehrt auch gegen hohe Führungskräfte ergriffen werden, denn solche gegen die Bank sind den Managern egal. Den Mut zur Härte gegen den Grossen müssen die FINMA-Verantwortlichen allerdings schon selbst aufbringen.

Hans Geiger

Der Autor arbeitete von 1970 bis 1996 für die Credit Suisse (damals SKA), die letzten zehn Jahre als Mitglied der Generaldirektion.

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Gewalt ohne Ende



Gewalt grassiert in Zürich. Bedrohlich. Mit «Antifa» als Absender – illegal verummten Gewalt-Kriminellen. Bewaffnet mit Eisenstangen, die selbst tödliche Verletzungen bewirken können. Eingesetzt gegen Polizistinnen und Polizisten. Deren oberste Chefin, für die Sicherheit verantwortliche grüne Stadträtin Karin Rykart, erachtet es nicht einmal für nötig, gegenüber den Medien noch irgend etwas zu äussern. Notorisch verniedlicht sie das Tun der gewalttätigen Brut. Mit dem Erfinden beschönigender Ausreden scheint sie ihre sträfliche Verantwortungslosigkeit tarnen zu wollen. So stehen sich Grüne aus ihrer Verantwortung.

Spalte
rechts

Die schwere Gewalt – wer wüsste das nicht – trifft grün-rot regierte Städte nicht aus heiterem Himmel. Auch sie grassiert bereits als – kaum geahndete – Jugendgewalt. Sie grassiert selbst in Schulen. Wohlgermerkt: Schon in Primarschulen werden Lehrerinnen und Lehrer teils tätlich angegriffen – und auch verletzt. Viel zu oft sind jugendliche Ausländer die Schuldigen. In Zürich wurden offenbar fünfzehn Gewalttäter festgenommen. Vierzehn liess die Justiz gleich wieder laufen – als wollte sie Krawalle anfeuern.

Es gäbe, wenn man wollte, ein Mittel gegen die Ausländergewalt von Jungtätern: Die Eltern müssten endlich für das Tun ihrer Jungen zur Verantwortung gezogen werden. Sie tragen als Eltern schliesslich die Verantwortung für ihre Nachkommen. Wir sehen sie kommen, die Menschenrechts-Schreier, wenn wir unsere Forderung erneuern: Sind Minderjährige Wiederholungstäter, dann müssen sie mit samt ihrer die Verantwortung verweigernden Sippe ausgewiesen werden. Würde dies einer Sippe drohen, sie nähme – da sind wir uns völlig sicher – die gewaltbereiten Jugendlichen sofort und unmissverständlich unter ihre Fittiche. So würde Gewalt entweder aus der Schweiz entfernt oder aber unterbunden: Ziel erreicht!

Die Frage lautet: Wird Gewalt toleriert – oder wird sie auftragsgemäss unterbunden? Wer Gewalt unterbinden will, muss jene Strafe anwenden, die Wirkung zeitigt: Ausweisung ganzer Familien von Gewalttätern. Wer davor zurückschreckt, der begünstigt Gewalt – wie immer er sich herauszureden versucht.

Ulrich Schlüer

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Ein Jahr Krieg

Nach einem Jahr Krieg in der Ukraine fällt die Bilanz für beide Seiten verheerend aus. Angreifer wie Verteidiger haben schwere Verluste erlitten, eine amerikanische Quelle schätzt allein die Zahl der gefallenen und vermissten ukrainischen Soldaten auf 150'000 Mann. Grosse Teile der Infrastruktur und Industrie sind zerstört, die Kosten des Wiederaufbaus werden von der Weltbank auf rund 350 Milliarden Euro und von der Regierung in Kiew auf 750 Milliarden Euro veranschlagt. Bereits Ende 2022 summierte sich die westliche Finanzhilfe einschliesslich der Lieferung von Rüstungsgütern auf deutlich über 100 Milliarden Euro, wovon etwas mehr als die Hälfte von der EU und von ihren nationalen Regierungen geschultert wurde. Die Ukraine ist bankrott, hat die Bedienung ihrer Auslandsschulden eingestellt und wird auch nach dem Krieg am Tropf ihrer westlichen Sponsoren hängen.

In Deutschland zahlen Industrie und Verbraucher mit exorbitanten Gas- und Stromrechnungen für den Krieg. Auf der Gewinnerseite stehen China und Indien, die von den sanktionsbedingten Rabatten auf russische Rohstoffe profitieren, und mehr noch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die amerikanische Energie- und Rüstungsindustrie wird gute Geschäfte machen, die amerikanische Hegemonie über Nato-Europa wurde gefestigt, die Energiepartnerschaft zwischen der Bundesrepublik und der Russischen Föderation wurde abrupt beendet.

(Bruno Bandulet in «eigentümlich frei», Nr. 230, März 2023)

Technologieverbot

Das EU-Parlament in Strassburg hat das Ende der Zulassungen von Verbrennern ab 2035 beschlossen. Das bedeutet den Anfang vom Ende einer Schlüsseltechnologie, auf der der deutsche Wohlstand bislang basierte. Ein Ersatz dafür ist nirgends in Sicht.

Genau wie beim Atomausstieg wird mit dem Verbot der Verbrenner-Technologie in Europa eine moderne und nach wie vor zukunftssträchtige und wettbewerbsfähige Technologie ohne sachlichen Grund und Verstand ins Ausland vertrieben. Anstatt technologieoffen die Ziele für CO₂-Einsparungen vorzugeben, wird die vermeintlich

Stromfresser-Gesetz

Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben, führt dieses extreme Gesetz zu einem Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin. Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und massiv höhere Kosten. Gemäss einer ETH-Studie steigen mit dem Stromfresser-Gesetz die Energiekosten von heute 3'000 Franken auf neu 9'600 Franken pro Kopf und Jahr!

(SVP-Newsletter, 30.03.2023)

anstrebenswerte Technologie vorgegeben – das Batterieauto mit Elektromotor.

Politiker massen sich genau wie bei der Atomenergie an, den Technologiepfad in die Zukunft vorgeben zu können. Sie werden genauso scheitern wie beim Verbot der Kernkraft, die ausserhalb von Deutschland gerade einen mächtigen Aufschwung erlebt. Wir wussten vorher, dass eine Industrienation nicht mit Sonne und Windkraft allein betrieben werden kann und lernen die bitteren Folgen gerade in der Realität. Jedermann schaue seine Heiz- und Stromrechnung an.

(Achgut-Newsletter, 14.02.2023)

«Kompensation»

Fliegen, Shoppen und Streamen. Das alles ist heute vermeintlich ganz ohne schlechtes Gewissen möglich. Für die Flugreise nach Teneriffa bezahlt der Ferienreisende ein paar Franken extra, und schon sind die Emissionen, die für den Flug anfallen, wieder wettgemacht. Beim Kauf der neuen AirPods im Online-Shop genügen ein Klick und ein paar Rappen, um die Treibhausgase, die für Produktion und Transport anfallen, wieder auf null zu stellen. Sogar der Konsum von Serien auf Netflix geht ganz ohne Schuldgefühle: Das amerikanische Unternehmen behauptet von sich, klimaneutral zu sein; das Unternehmen hat für sämtliche CO₂-Emissionen – im vergangenen Jahr immerhin 1,5 Millionen Tonnen – Zertifikate erworben.

(David Vonplon, in NZZ, 14.03.2023)

Politagentur.ch GmbH

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- ✔ Werbekampagnen von A bis Z
- ✔ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✔ Sammeln von Unterschriften
- ✔ Online-Kommunikation
- ✔ Social Media-Kampagnen
- ✔ Geschäftsführung
- ✔ Medienkompetenz
- ✔ Texten / Ghostwriting
- ✔ Layout / Grafik
- ✔ Webdesign

Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch

Klimaänderungen im Wandel der Zeit

Die abgesagte Eiszeit

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Erinnern Sie sich? Vor ein paar Jahrzehnten waren die Klimaforscher sicher, dass der Klimawandel eine neue Eiszeit bringen würde.



Primarschule in den 70ern. Unser Lehrer zeigte uns ein schauriges Schulschaubild: Die Stadt Zürich war von meterhohem Eis bedeckt, nur noch Teile des Grossmünsters waren noch zu erkennen. Auf dem nahen Zürichsee ankerte ein riesiges schwarzes U-Boot zwischen Eisschollen. Es wartete darauf, Zürcher Klimaflüchtlinge aufzunehmen.

«Vorgeschmack auf die nächste Eiszeit»

Eindringlich warnte das Bild vor einer drohenden Eiszeit. Damit war es nicht allein. In den 70er Jahren war sich die Mehrheit der Wissenschaftler und Medien einig, vor einer neuen Eiszeit zu stehen. Weil die globalen Temperaturen zuvor gesunken waren. Amerikanische Journalisten sprachen von einem «Vorgeschmack auf die nächste Eiszeit». Das irdische Klima sei im Begriff umzuschlagen. Symptome dafür entdeckten die Experten in fast allen Weltenregionen. Die Klimaveränderung, so befürchtete es auch der amerikanische Chemiker und Nobelpreisträger Linus Pauling, könne «in eine globale Katastrophe münden», in den bisher härtesten Test für die Zivilisation.

Das Gürteltier flüchtet

Die Klimatologen sagten voraus, dass die mittlere Temperatur um vier Grad sinken würde. Damit käme die nächste Eiszeit bestimmt. Dieser Klimawandel sei wohl menschengemacht. Es gebe keinen Zweifel mehr. Das wärmeliebende Gürteltier wandere bereits nach Süden. Und nicht nur das: Halte die gegenwärtige Klimaverschlechterung an, so warnte etwa der US-Wissenschaftler Reid Bryson, so werde sie demnächst womöglich «die ganze Menschheit in Mitleidenschaft ziehen» – «eine Milliarde Menschen würden verhungern». Die Chancen für eine rasche Rückkehr des günstigen Klimas etwa der dreissiger Jahre, so taxierte der US-Wetterforscher James McQuigg, stünden «bestenfalls eins zu 10'000».

Hollywood macht mit

Und so machte sich Hollywood daran, die Menschen auf die Klimawandel-Eiszeit vorzubereiten. Katastrophen-Blockbuster zeigten eine unter Eisstürmen erstarrte Welt. Dick eingemummte Amerikaner flüchteten Richtung Süden, zu den damals in den USA kritisch beäugten Mexikanern. Dort, im immer noch warmen Mexico wurden sie von warmherzigen Menschen



Abbildung links Time Magazine 1979, rechts Time Magazine 2001

empfangen und durften so gleich noch lernen, dass die früheren Einwanderer aus dem Süden eine Bereicherung darstellten. Als die Eiszeit dann trotz der «bestenfalls eins zu 10'000»-Wahrscheinlichkeit ausblieb, verschwanden die Schulschaubilder, Filme und apokalyptischen Titelbilder still und heimlich.

Ob dereinst dasselbe mit den Wissenschaftlern passiert, welche nun mit derselben Sicherheit und denselben Horrorszenarien vor der Erderwärmung warnen?

Hermann Lei

Churz & Bündig

An Universitäten werde, wird der für alle Studenten tief in die Tasche greifenden Öffentlichkeit vermittelt, vor allem intensiv geforscht. Ein Forschungsergebnis besonderer Qualität legt jetzt die sternchenversessene Universität Zürich vor: Geschlechtsunabhängige Wickeltische und geschlechtsunabhängige Stillzimmer seien dort erfunden worden. Ob die damit beglückten Säuglinge oder aber die sie Betreuenden auf Geschlechtsunabhängigkeit getrimmt werden, wird der Öffentlichkeit in letzter Klarheit bisher nicht vermittelt. Dennoch wird das umfassender Forschung entsprungene geschlechtsneutrale Stillzimmer als Errungenschaft einzigartiger Qualität gefeiert. Endlich könne sich die stillende elterliche Person ganz ihren Gefühlen hingeben und selbst während des Stillens sich plötzlich in ein anderes Geschlecht umfühlen, ohne dass besagte Räumlichkeit zu verlassen sei. Die Reaktion bei den für solche Errungenschaften Steuern bezahlenden Mitbürgern lässt sich bis heute nur ungenau ermessen; Begeisterung ist indessen keine auszumachen.

us

Leserbriefe

Die Hauptaufgabe der Politik

Es ist gewiss eine ehrenwerte Haltung, in einem Konflikt zweier ungleich starker Gegner dem schwächeren helfen zu wollen. Aber jeder Helfer und Retter hat gelernt, bei allem Helferwillen das eigene Überleben als erste Pflicht anzuerkennen und – als erste Pflicht des Staates und der Politiker – Schaden von unserem Land abzuhalten. Indem sich aber die offizielle Schweiz, entgegen unserem wichtigsten Staatsgrundsatz, eindeutig auf die Seite der Ukraine stellt, wird sie zum Feind Russlands.

Dankbar denke ich zurück an jene Bundesräte, denen es im Zweiten Weltkrieg mit ihrem klugen Pragmatismus gelang, die Schweiz vor der Kriegskatastrophe zu bewahren. Hätten die damaligen Politiker nach der Logik der heutigen Sozialdemokraten, Mitte-Politiker und Freisinnigen gehandelt, hätten wir den Alliierten militärisch beistehen müssen. Man kann nur hoffen, dass auch die derzeit Verantwortlichen, inklusive Medien, sich allmählich bewusst werden, dass wir die Weltlage nicht weiterhin moralisch beurteilen sollten, sondern weitsichtig und rational zum Wohl unseres Landes und unserer Bevölkerung handeln müssen.

Arthur Brühlmeier, Oberrohrdorf AG

CS-Debakel: Dambruch zum Willkürstaat!

Die vom Bundesrat via Notrecht beschlossene Übernahme der CS durch die UBS ist meines Erachtens ein Gesetzesbruch: Gemäss der im Anschluss an die UBS-Rettung 2008 in Kraft gesetzten «To Big-To-Fail»-Regelung hätte man die CS trennen sollen und den noch gesunden Schweizer Teil (vor allem Private Banking und Vermögensverwaltung) separat weiterführen müssen. Den ausländischen Teil (vorab das Investmentbanking) hätte man demnach abtrennen müssen. Dies wurde aber offenbar wegen grossen Drucks vorab aus den USA und Grossbritannien nicht gemacht. Eine andere Variante wäre gewesen, die CS vorübergehend zu verstaatlichen (durch die SNB) und

sie nach entsprechender Sanierung wieder zu privatisieren. Damit wären die im Grunde widerrechtliche Enteignung des Aktionariats und die dadurch drohenden Sammel- und Einzelklagen abgewendet worden.

Die Lehren aus diesem Debakel sind meines Erachtens die folgenden: Vermögenswerte aller Art, die virtuell auf Bank- oder Postkonten liegen, sind der Willkür von Behörden ausgeliefert und können offenbar jederzeit ohne Vorwarnung durch behördliches Notrecht enteignet werden. Somit müssen wir unbedingt das Bargeld beibehalten, damit wenigstens jederzeit genug zum Leben bleibt. Zudem darf das E-Voting bei Abstimmungen und Wahlen nicht zugelassen werden, da auch hier Manipulationen des Volkswillens nicht auszuschliessen sind.

Robert Furrer, Oberkirch LU

Notrecht

Die masslose Zuwanderung ist zweifellos eines der grössten Problem unseres Landes. Da die Asylbewerber in der Regel nicht ausgeschafft werden können, stellt sich die Frage, wie sich die Zuwanderung auf die in Jahrzehnten und gar Jahrhunderten gewachsenen Strukturen der Schweiz auswirkt. Die ganze Problematik könnte mit «Notrecht» entkräftet werden – schliesslich hat ja der Bundesrat auch bei der CS mit Notrecht agiert. Oder wollen wir weiter schlafen, bis das Fass überläuft?!

Max Hess, Effretikon ZH

Es reicht!

Es ist an der Zeit, dass beherzte bürgerliche Politiker endlich energisch gegen unser Staatsfernsehen vorgehen. Nach den bekannten linkslastigen Machenschaften, die zur «200 Franken sind genug»-Initiative geführt haben, und nachdem Frau Angélique Beldner als Ansagerin und Moderatorin stets die besten Posten bekommt – sich aber dennoch immer wieder als Rassismus-Opfer inszenieren darf – ist es nun endgültig genug: Kürzlich wurde der Ansagerin Wasiliki Goutziomitos verboten, eine schlichte Halskette mit einem kleinen Kreuz zu tragen. Wir leben zwar immer noch in einem mehrheitlich christlichen Land,

Für unseren christlich geführten Gasthof suchen wir

innovative(n) Restaurantleiter(in) 60–100 %

für Personalplanung- und Einteilung, Mitarbeiterführung, Service, Vorbereitung von Anlässen und Banketten, etc. und eigene Mitarbeit in allen Bereichen des Gasthofs. Selbständige Arbeitseinteilung und interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Für weitere Auskünfte und Ihre Bewerbung wenden Sie sich gerne an Herrn René Künzle.



Gasthof Landhaus
z.Hd. Herr René Künzle
Amriswilerstrasse 1 079 696 08 74
8582 Dozwil landhaus@st-michael.ch



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08

Telefax 081 844 10 20

Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

China und seine Schweizer Uni



Nachstehendes Geschehen impliziert, so manche ausländische Agitation im Lande diene einzig dem Ziel, dem Gastland Schweiz etwas aufzuschwatzen, dessen Wert undefiniert ist.

Hypothetisches Szenario: Der Schweizer Ruedi Rüdisühli eröffnet eine Würstli-Bude. Gängigem Trend zum Anglizismus folgend nennt er sie «Ruedis Sausage Grill», Kürzel RSG. Er erfüllt die Gesetzesvorgaben: Ausschankgenehmigung, Betriebserlaubnis, Freigabe Feuerschutzpolizei, Einwilligung Schweizer Gastroverband. Zudem überprüft der Staat via Gesundheitskommission penibel Produktequalität und «Ruedis» fachliche Kompetenz.

Weitaus niedriger sind die staatlichen Hürden, wenn ein auf exzessive Expansion erpichter Staat wie China, gesegnet mit schier unerschöpflicher monetärer Potenz, hier eine Universität gründet wie im aargauischen Bad Zurzach. Die dortige chinesische «TCM-Uni» (Traditionelle Chinesische Medizin) verfügt über Organigramm, Statuten und Hochschulrat. Kleiner Schwachpunkt: Sie ist beschränkt auf den einzigen Studiengang TCM und agiert im aggressiv-offensiven Auftritt der «Belt and Road-Strategy» für die China weltweit einsteht und gefürchtet ist.

die entsprechenden Symbole und Gebräuche werden aber zunehmend unterdrückt, verheimlicht und nun sogar vom Staatsfernsehen verboten. Vom gleichen Fernsehen werden wir immer wieder zur Toleranz angehalten und müssen uns den Islam und den Ramadan 1'000 mal erklären und schönreden lassen. Es reicht! Es muss nun von Seiten der Politik dringend etwas geschehen – sei es mit massiven Protesten, mit Vorstössen im Parlament, sei es, dass die SRF-Crew vorgeknöpft wird – oder alles zusammen.

Ernst Lampert, Lachen SZ

Bodentruppen sind kampfanscheidend

Für mich ist es unverständlich, dass Frau Bundesrätin Amherd eine Abgabe oder den Verkauf von Leopard 2-Panzern an Deutschland befürwortet. Das Parlament hat seinerzeit das Projekt WEA Armee beschlossen und dem Schweizervolk zugesichert, dass die Armee vollständig ausgerüstet werde. Dies ist bis zum heutigen Tag nicht der Fall. Im Gegenteil: Die Eliminierung von einsatzfähigem Material geht weiter. Letztes Beispiel ist die Abschaffung des Luftabwehrsystems Rapier. Statt über drei Mechanisierte Brigaden, wie uns vorgegaukelt wird, verfügen wir nur über deren zwei. Die sogenannte Mechanisierte Brigade 4 ist eine Phantom-Brigade ohne Panzer. Es gilt nun vordringlich, unsere eigene Armee und Panzerwaffe endlich vollständig auszurüsten. Frau Bundesrätin Amherd

«Wir sind noch im Aufbau», sagt Michael Furian, Direktor der Abteilung Forschung in der «Sonntags-Zeitung». Furian wirkt an der China Uni in Teilzeit; im Hauptberuf ist er angestellt bei der Klinik für Pneumologie an der Uni Zürich. Promoviert hat er zum Thema Höhenmedizin. Zum China-TCM-Uni Team zählt auch Sebastian Brändli, Delegierter des Rektors, gelernter Historiker mit beeindruckendem Palmarès als Stabschef beim Bildungsdepartement Aargau und Generalsekretär des ETH-Rats. Starker Mann hinter dem Gesamtkonstrukt ist ein Chinese namens Yiming Li.

Aus so viel Glanz und Gloria erwachsen Fragen:

- Dürften wir in China auch eine eigene Uni gründen mit Studiengebühreninkasso?
- Was hievt die Aargauer TCM-China Uni in die Position einer Schweizer Universität?
- Wieso verweigerte der Schweizerische Akkreditierungsrat die Anerkennung zunächst – und erteilte sie erst nach Rekurs?
- Erkennt man Ruedi Rüdisühli's Frust ob der «Easy China University-Foundation» auf Schweizer Boden angesichts seines eigenen Sisyphus-Kampfes gegen Schweizer Bürokratie, um staatlich abgesegnet, seine Würste auf Papptellern über den Tresen schieben zu dürfen?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

muss endlich ihre Aufgabe ernst nehmen. Mit ihrer unverständlichen Haltung schwächt sie die Kampfkraft unserer Milizarmee.

*Willy P. Stelzer, Major der Panzertruppen aD,
Volketswil ZH*

Selbsterstörung

Winterthur ist ein Musterbeispiel für die Selbsterstörung einer einst florierenden Industriestadt mit vielen Stellen für arbeitswillige Menschen, die in einer freien Wirtschaft Steuerkraft und Wohlstand geschaffen haben. Heute sehen wir die Folgen der Zerstörung in monetären, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen, soweit das Auge reicht. Verursacht wurde diese Misere durch jahrzehntelang regierende Stadtpräsidenten blauer, roter und oranger Couleur mit entsprechenden Seilschaften. Bestes und jüngstes Beispiel des «Erfolges» in Winterthur: Deutsch wird in den Schulen zur Zweitsprache! Da kommt mir stets der «berühmte» FDP-Couchepin aus Martigny mit seiner Lüge von «nur 8'000 Einwanderern pro Jahr» aufgrund der Personenfreizügigkeit in den Sinn. Von der durch den Deep State in Washington D.C. mit seiner intransigenten US-Hegemonie verursachten globalen Völkerwanderung, die uns zusätzlich zur Personenfreizügigkeit aufgedrängt worden ist, reden wir besser gar nicht mehr.

Caspar Rutz-Rüegg, Winterthur

Parteinahme – für wen?

Krieg, Frieden, Neutralität

von Matthias Hauser, Gemeindepräsident, Kantonsrat, Hüntwangen ZH

Krieg um die Ukraine: Wer die hergebrachte Neutralitätspolitik der Schweiz in Frage stellt, verdrängt, was Sterben durch die Waffen bedeutet, welche Europa in Kriegsgebiete liefert.



Jeder Panzer, der im Krieg eingesetzt wird, ist ein Sarg. Die Munition, die ihn früher oder später trifft – sei es von einer Panzerfaust, einer Lenkwaffe, von einem anderen Panzer oder eine Rakete – entwickelt kurz vor dem Auftreffen einen glühenden Strahl aus heissem, flüssigem Metall und brennt sich ins Innere. Die Besatzung wird, wenn es soweit ist, wehrlos, in einem heissen Splitterregen ver-

brannt und zerfetzt. Schiesst der Panzer auf die Stellung der ihn bekämpfenden Soldaten, ergiesst sich der heiss-flüssige Metallregen über ihre Köpfe. Gewehr-schüsse, oft nicht wie Bolzen im Schlachthof «Schlag und Tod», rotieren stattdessen im Körper, reissen Innereien heraus, trennen Arme und Beine.

Trifft Infanterie auf Infanterie, folgen auf die Schüsse Handgranaten, zersieben Männer, bevor der Schützen-graben mit dem Gewehr auf Serienfeuer ganz «gesäubert» wird. Der Flammenwerfer (heute «Brandraketen») diente dem gleichen Zweck. Wer vorher schon genauer in den feindlichen Graben schaut, riskiert selbst zu sterben. Verbrannte, Zerstückelte, Schwerverletzte – Geschlachtete – sie hatten keine Wahl. Sie wurden eingezogen, Flucht hätte als «Verrat» ebenfalls tödlich geendet. Und natürlich dient ihr Einsatz einem guten Zweck – der «Befreiung» oder der «Verteidigung» von Territorium, je nach Standpunkt.

Der Soldat muss das Töten üben

Infanteriekampf habe ich als Zugführer in vielen Übungen zur Panzerabwehr, zum Angriff auf oder zur Verteidigung von Stellungen in der Schweizer Armee trainiert und später als Hauptmann im Bataillonsstab journalistisch begleitet. Ausser einem verstauchten Fuss oder einer Prellung gab es keine Verletzten. Die Feinde waren Zielscheiben aus Karton oder «Markeure», deren Ausrüstung, wenn man sie traf, einen Pfeifton von sich gab, bis sie rücklings auf dem Boden lagen, niemand soll sterben. Und doch übten wir das Töten.

In der Schweizer Armee wird geübt, damit man das Geübte nie anwenden muss. Damit jedem möglichen Aggressor bekannt ist, dass hier wirksam verteidigt wird. Daher ist der Preis für einen Angriff zu hoch (man nennt das Dissuasion, Abhaltung, Abschreckung), zumal dabei ein neutrales Land verloren geht, das ohne Angriff keiner Kriegspartei feindlich gesinnt war. So verzichtet man besser auf den Angriff. Dissuasion ist die einzige Rechtfertigung, um das Töten des Gegners im Kampf zu rechtfertigen und zu trainieren. Da es Gewalt nun mal gibt, braucht es eine Strategie dagegen; die Schweiz hat sie.

Kriegsparteien erhoffen sich immer etwas: Territorialgewinne, Verhinderung der Ausbreitung autoritärer Regierungsformen, Freiheit: Die Ziele des Schlachtens können in unserer westlichen Optik sogar hehrer Natur sein. Trotzdem: Auf der Welt müssen Türen immer geöffnet bleiben, um die Ziele friedlich zu erreichen, um Kompromisse zu finden: Wenn möglich, müssen die Waffen schweigen. Dies gebieten die jungen Männer, die grausam sterben und ihre Angehörigen, die dadurch psychisch zerstört werden. Es geht um Menschlichkeit, Gewissen, Christentum, um die Zukunft unserer Kinder:

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

GOAL GLOSSAR
emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Jeder Tod im Krieg bedeutet, dass Wut und Verletzte zurückbleiben. Sind es genug Zurückgebliebene, hört es nie auf: Bald 30 Jahre nach den Balkankriegen braucht es immer noch Schutztruppen. Nach dem ersten Weltkrieg folgte der Zweite. Erst zwei Atombomben, welche 100'000 Menschen auf einen Schlag verdampften, stoppten den Wahnsinn. Was wird es brauchen, damit die Menschheit aus dem nächsten Albtraum erwacht?

Die einzigartige Chance der Schweiz

Die Schweiz hat als neutrales Land – als Sitz des Roten Kreuzes, als Finanzplatz, der Vermögen von Ost und West und aller Kriegsparteien verwaltet, als Ort, der sich um gute Beziehungen zu allen Parteien bemüht und auf seinem Territorium Sicherheit garantiert – alle Voraussetzungen, um Türen zu Lösungen ohne Waffengewalt zu öffnen. Dies bedingt, dass die offizielle Schweiz allen Kriegsparteien in Würde begegnen kann. Im Ukrainekrieg haben wir es nicht geschafft: Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis hat am Samstagabend, 18. Februar 2023, nach der Münchner Sicherheitskonferenz, gegenüber der Tagesschau des Schweizer Fernsehens erklärt, die Schweiz könne nicht vermitteln. Weil die Schweiz, wie die EU, Russland sanktioniert, wird sie nicht neutral wahrgenommen.

Linke Jungpolitiker wie Fabian Molina, Nationalrat SP, die nie Militärdienst geleistet haben, reisen in Konfliktgebiete



Hocheffiziente fahrende Festung und stählerner Sarg zugleich ...

und fordern, dass die Schweiz die Neutralität «überdenke». Einst waren sie gegen die Kriegsmaterialausfuhr in Länder, die nicht im Krieg waren, aber jetzt soll die Schweiz Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine ermöglichen. Gleiches will die schweizerische Militärzeitschrift ASMZ, das Vereinsmagazin der Offiziere, in der Ausgabe Januar/Februar 2023: Das Abseitsstehen in der Solidarität gegen einen gemeinsamen Feind, die «Schweiz im Schneckenhaus» bewirke, dass wir im Ernstfall auch keine Partner fänden. Zudem sei es schlecht für das Geschäft, keine Waffen zu liefern. Im Ernstfall müssten uns Partner unterstützen, so die Offiziere. Und dafür haben wir die Fähigkeit geopfert, der Welt eine friedliche Türe offenzuhalten? Sind wir schwach geworden?

Matthias Hauser

Menschenrecht auf Klimaschutz?



Der Verein «KlimaSeniorinnen Schweiz» verklagt die Schweiz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) und verlangt, die Schweiz habe die notwendigen gesetzgeberischen und administrativen Massnahmen zu ergreifen, um einen Beitrag zu leisten zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs.

Die «Klimaseniorinnen» fordern demnach nichts weniger als ein Menschenrecht auf Klimaschutz. Am 29. März fand eine öffentliche Anhörung vor dem Gerichtshof statt. Im Vorstand des Klimaseniorinnen-Vereins sitzen u.a. die grünen alt Nationalrätinnen Anne Mahrer und Pia Hollenstein sowie die ehemalige Präsidentin der SP Schweiz, alt Nationalrätin Christiane Brunner.

Der EGMR hat festzustellen, ob eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch die Vertragsstaaten vorliegt. Dass Private auf gerichtlichem Weg von Staaten weitergehende Massnahmen gegen den Klimawandel einfordern können, sieht die Konvention nirgends vor, ein entsprechendes Urteil wäre noch vor kurzem undenkbar gewesen. Aber der Gerichtshof hatte in den letzten Jahren wiederholt keine Hemmungen, seine in der Konvention festgehaltenen

Zuständigkeiten faktisch auszuweiten. Dass die Schweiz von aktivistisch geprägten Strassburger Richtern verurteilt wird, ist also nicht unwahrscheinlich.

Was aber würde ein einklagbares Menschenrecht auf Klimaschutz bedeuten? Die verlangten gesetzgeberischen und administrativen Massnahmen würden zusätzliche Vorgaben an Private und damit Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsgarantie erfordern. Bei Gutheissung der Klimaklage würden Eingriffe in Grund- und Menschenrechte unvermeidlich – und das just aufgrund des Urteils eines Gerichtshofs, der eigentlich zur Einhaltung der Menschenrechte errichtet wurde.

Vor allem aber würde das Gericht mit Anerkennung eines einklagbaren Menschenrechts auf Klimaschutz die staatlichen demokratischen Institutionen umgehen. Im Pariser Klima-Abkommen wurden zwar klimapolitische Zielsetzungen vereinbart, für die Umsetzung sind aber die Nationalstaaten verantwortlich. Diese Umsetzung und die Auswahl möglicher Massnahmen erfolgt im demokratischen Prozess und unter Abwägung anderer Ziele, die ebenfalls Verfassungsrang haben oder durch internationale Abkommen vereinbart sind. Es ist nicht Sache der Gerichte, sich zum Schiedsrichter über diesen Prozess zu machen oder neue Menschenrechte zu erfinden.

Patrick Freudiger

Unzensuriert

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



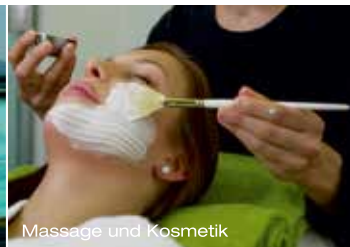
FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



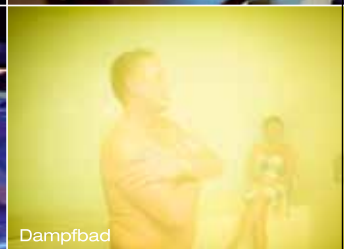
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



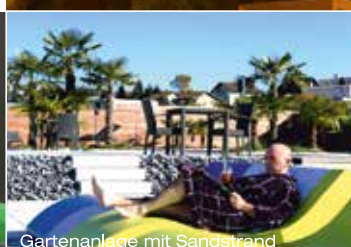
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Wer sich je eingehender mit der Geschichte der Staaten westlich von Russland – also mit der Ukraine, mit Belarus, mit den baltischen Kleinstaaten – befasst, wird schnell gewahr: Diese Länder wurden während Jahrhunderten in fürchterlichem Ausmass von den Grossen dieser Welt als Schlachtfelder benutzt – zutreffender: missbraucht.

Belarus verlor im Zweiten Weltkrieg um die vierzig Prozent seiner Bevölkerung. Die Ukraine erlitt Stalins Genozid zwecks Zwangskollektivierung der zuvor selbständigen Bauern. Danach begrüsst sie die Deutschen zunächst als «Befreier», um nur allzu bald, als «Untermenschen» titulierte, nationalsozialistischer Unterwerfung, Verfolgung, Massakrierung ausgeliefert zu sein – auf deren Schlachtfeld gegen die Rote Armee.

Und wieder ist die Ukraine Schlachtfeld – auch im Dienst sog. «höherer Interessen» – jener Russlands und jener der Demokratischen Administration Joe Bidens.

Finnland – einst Besitz der russischen Zaren – vermochte sich vergleichbarem Missbrauch seines Territoriums zu entziehen – dank starker Verteidigungsarmee einerseits, mittels strikter Befolgung von Prinzipien der Nicht-Einmischung in die Händel der angeblich Grossen andererseits.

Als «Neutralität» wird solches Konzept der Eigenständigkeit allgemein bezeichnet.

Seit 1815 völkerrechtlich anerkannt und völkerrechtlich verankert ist die bewaffnete Neutralität der Schweiz – von der Bevölkerung nach wie vor unverbrüchlich hochgehalten. Unsere Classe politique, von der Demokratischen Administration Biden derzeit skrupellos bedrängt, schwankt indessen bedenklich. Einige – angeführt von linken, unsere Armee eben noch skrupellos diffamierenden Frauen – scheint es regelrecht danach zu dürsten, mittels Waffenlieferungen sich auch einmal in eine Kriegspartei einreihen zu können. Andere – mit Tätigkeitsfeld Bundeshaus – fühlen sich dem Druck der US-Demokraten ganz einfach nicht gewachsen.

Warum feuert eigentlich diese Administration Biden mit ihrem hemdsärmelig in Diktatorenmanier lärmenden Botschafter zu Bern Breitseite um Breitseite gegen die Neutralität der Schweiz? Befürchtet Biden, das Konzept «bewaffnete Neutralität» könnte, einem Virus vergleichbar, sich unversehens auch in den ungefragt zu Operationsgebieten erkorenen Ländern im Osten Europas festsetzen? In jenen Ländern, die seit Jahrhunderten scheinbar alternativlos dem Schicksal ausgeliefert sind, als Schlachtfelder für «höhere Interessen» missbraucht zu werden?

Im Blick auf das von diesen Ländern geschichtlich Erlebte und Erlittene könnte man solche

Befürchtung Bidens sogar nachvollziehen. Ein Konzept, mit starker Verteidigungsarmee einerseits, konsequenter Nichteinmischung und Nichtverwicklung in machtpolitische Gelüste der Weltmächte andererseits den Weg in selbstbestimmte Eigenständigkeit zu suchen und zu finden – damit bekäme in diesen Ländern vielleicht sogar echte Demokratie eine Chance. Kann solche Perspektive all den Schwergedruckten im Osten nicht gar als Erlösung erscheinen?

Dass damit die Welt ein Stück friedlicher würde, scheint offenbar nicht unbedingt im Interesse der Grossen zu liegen. Deshalb erscheint ihnen die Neutralität der Schweiz eher als Stachel im eigenen Fleisch.

Damit ist für die Schweiz die Lehre verbunden: Wer neutral sein will, muss seine Neutralität eigenständig behaupten. Eine Aufgabe, der sich jede Generation immer von Neuem wieder zu stellen hat. So dass die blosse Existenz von Neutralen allenfalls gar andere Länder dazu bewegen könnte, sich beharrlich aus dem sie mitunter zum Schlachtfeld degradierenden Kalkül der Grossen aus eigener Kraft herauszulösen. Was noch immer erbitterte Gegnerschaft seitens dieser Grossen auszulösen scheint.

Akzent

Neutralität

us



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 49.00 pro Monat exkl. MWST.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
 inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



Jos. Rüetschli

Heizöl - Diesel - Petrol

Kohlen - Brikette - Brennholz

Spezial-Grillkohle

Altstoff-Recycling

4542 Luterbach Telefon 032 682 43 02 Natel 079 631 46 65

Empire Building



Als Empire Building wird die Aufblähung von Bürokratien bezeichnet. Der Engländer Northcote Parkinson gilt als Pionier der Theorie sinnloser Überbürokratisierung, getrieben von der Eigendynamik einer machtgierigen und eitlen Polit- und Beamtenkaste. Auf Kosten der Steuerzahler natürlich. Auch im aufgeblähten

Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) hat kürzlich ein weiterer Bürokratisierungsschub stattgefunden. Die zusätzlichen Beamten sollen Ärzte engmaschiger überwachen, um Ineffizienzen zu vermeiden und Verschwendung bei der Krankenversicherung zu stoppen.

Nun kommt scharfe Kritik von der Ärztin Dr. Yvonne Gilli, Präsidentin der Ärztevereinigung FMH und ehemalige grüne Nationalrätin: Die ganze Aktion sei ein einziger Leerlauf mit unnötigen Fragebögen, Vernehmlassungen, Berichts- und Rechenschaftspflichten, Auswertung und Zusammenfassung der Fragebögen mit weiteren Vernehmlassungen ... Einzige Folge neben zusätzlichen Pöstchen und Kosten sei, die Ärzte vom wirklichen Arbeiten am Patienten abzuhalten.

Die Kritik lässt aufhorchen, stammt sie doch von einer Grünen, also einer «Melone» – aussen grün, innen rot. Als Linke dürfte sie den Hang zur Bürokratisierung



und Bevormundung des als verführbar (durch die Rechten) und beschränkt urteilsfähig eingeschätzten und daher lenkungsbedürftigen Volkes teilen. Wenn nun aber eine bekennende Linke die zentralstaatliche Überbürokratisierung kritisiert, muss der Leerlauf dramatisch geworden sein.

Nicht nur das BAG, das die Coronahysterie verantwortungslos angeheizt, sinnlose Lockdowns und Zwangsimpfungen aufgenötigt und dabei Milliarden verpulvert hat – sondern die ganze Bundesverwaltung hat sich von der ursprünglichen Staatsidee entfernt. Der Bund war ursprünglich nur als Klammer gedacht, welche die souveränen Kantone zusammenhält und gegen aussen vertritt und beschützt. Und nicht als bevormundende Superbehörde, die mit immer höheren Steuern gemästet werden muss.

DEEP STATE hat seit dem Marsch der 68er durch die Institutionen einen besonderen Schub erfahren, inzwischen beschleunigt und abgesichert von permanenter Staats-, Behörden- und Leitmedienpropaganda. Der Bund bezahlt bei gleicher Qualifikation inzwischen 13 bis 15 Prozent mehr Lohn als die Privatwirtschaft. Wie meinte Alexis de Tocqueville: Die eine Hälfte wird durch die Furcht vor den Beamten beherrscht – die andere durch den Wunsch, selbst Beamte zu werden

Markus Eckstein, Goldach SG

Irrlichternde Klima-Seniorinnen



Da weilten dieser Tage doch 45 «Klima-Seniorinnen» – vorwiegend aus der Romandie – beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg und verklagten ihr Heimatland Schweiz, weil es das angebliche Menschenrecht auf Klimaschutz sträflich verletze. Sie waren eskortiert von einer ganzen

Herde von Journalisten, darunter auch vom «diplomatischen Korrespondenten» von Radio und Fernsehen SRF, so dass uns zu Hause stündlich über diese feministisch-helvetische Heldentat zu Strassburg berichtet wurde. Den Klima-ideologischen Vollprofis, die im Hintergrund stramm die Zügel zogen, ist damit zweifellos ein waschechter PR-Hit gelungen.

Hut ab vor politisch aktiven Seniorinnen! Ich rechne es ihnen aber auch hoch an, dass sie ihre Forderungen nicht auch noch im Namen ihrer männlichen Altersgenossen – und damit auch von mir – vorgebracht haben. Ich hätte ihnen ansonsten sagen müssen, dass das winzige *eine* Promille am weltweiten CO₂-Ausstoss, das in der Schweiz produziert wird, auch bei Halbierung oder gar gänzlicher Eliminierung null Einfluss auf das Weltklima haben würde. Da hätten die wackeren Klima-Seniorinnen statt im Elsass doch viel eher in Bern vor

den Botschaften Chinas, Indiens, der USA, Indonesiens, Brasiliens oder Russlands aufmarschieren und demonstrieren sollen. Diese sechs bevölkerungsreichen Staaten nehmen es mit dem Klimaschutz nämlich wesentlich lockerer als die Schweiz. Sie sind für rund die Hälfte des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich.

Natürlich macht es auch mir Sorge, wenn Altersgenossen im Sommer die Hitze und im Winter die Kälte nicht mehr so gut ertragen wie früher. Aber beherzigen sollten sie bei echt unwirtlichen Wetterlagen doch auch ein wenig die Empfehlung von Gesundheitsminister Alain Berset – auch wenn sie primär auf die Covid-Pandemie gemünzt war: «Bleiben Sie zu Hause!»

Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick AG

«Das aktuelle Zitat»

«Wie schön ist doch die Welt der Linken, Armeeab-schaffer und Klima-Aktivisten. Man klebt sich auf die Strasse, löst Autoräder, beschimpft die ältere Generation, arbeitet maximal Teilzeit und fordert die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn. Nur der Staat wächst. Und man freut sich auf die die Zehn-Millionen-Schweiz, weil fremde Kulturen unser Land enorm bereichern.»

Thomas Fuchs, Bern

Zu wenig Lehrerinnen und Lehrer

Die wahren Gründe

Prof. Dr. Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur, St.Gallen

Landauf, landab sind Schulpräsidenten und Schulleiter daran, für das neue Schuljahr Lehrkräfte zu suchen.



Für den sich seit Jahren zuspitzenden Lehrermangel werden von den Schulbehörden und Bildungspolitikern mehrheitlich Gründe genannt, welche die wahren Ursachen verschleiern. Es ist von zu tiefen Einstiegsgehältern, von zu grossen Klassen, von steigenden Schülerzahlen, von zunehmender Teilzeitarbeit der Lehrkräfte und dergleichen die Rede. Das mag ja alles stimmen. Doch die eigentlichen Gründe für den akuten Mangel an Lehrkräften liegen anderswo.

Zu Coaches und Lernbegleitern degradiert

Seit einiger Zeit brodelt es in verschiedenen Schulen, weil Schulbehörden, aber auch Schulleiter, den Lehrkräften in teilweise forscher Gangart Lernkonzepte verordnen wollen, die sich am Lehrplan 21 orientieren. Die Lehrkräfte werden dazu in Weiterbildungskurse geschickt, um auf ihre neue Rolle als Coaches oder Lernbegleiter getrimmt zu werden. Zudem werden sie kontrolliert und evaluiert, mit Lernberichten, Beobachtungsbögen, Protokollen und Koordinationssitzungen belastet, so dass sie kaum mehr zum Unterrichten kommen, geschweige denn Zeit für den menschlichen Kontakt mit den Schülern finden.

Trotz ihrer mehrjährigen Hochschulausbildung traut man ihnen nicht mehr zu, den Unterricht selbständig zu organisieren. Es braucht dazu noch Lernberater, Schulentwickler, Evaluatoren, Supervisoren und Instruktoren, die in erster Linie zu kontrollieren haben, ob die einzelnen Lehrkräfte in ihr Raster passen.

Methodenfreiheit ist nur noch Theorie

Der Lehrerberuf ist im Begriff, massiv abgewertet zu werden. Bis anhin organisierten und erteilten die Lehrkräfte den Unterricht und genossen dabei, im Rahmen des Lehrplans, Methodenfreiheit. Sie leiteten die Geschicke ihrer Klassen und wurden von administrativem Krimskrams weitgehend verschont, so dass sie sich ihrer Hauptaufgabe – dem Unterrichten – vollumfänglich widmen konnten. Heute haben die Lehrkräfte nach dem Lehrplan 21 zu unterrichten, der auf 470 Seiten über 2'000 Kompetenzstufen auflistet. Die einst hochgehaltene Methodenfreiheit ist nur noch Theorie. Der Frontalunterricht, der nachgewiesenermassen die besten Lernergebnisse brachte, ist vollkommen verpönt. An seine Stelle tritt «selbstorganisiertes

Lernen», bei dem die Schüler ihren «Lernprozess selber steuern» sollen und der Lehrer nur noch als Coach an der Seitenlinie den Lernprozess begleitet.

Wenig Wertschätzung

Zu all dem beklagen sich die Lehrkräfte zunehmend über die mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit durch die Öffentlichkeit. Überfüllte Klassen, integrativer Unterricht und ständig neue administrative Aufgaben tragen dazu bei, dass bei vielen das Gefühl fehlender Anerkennung entsteht. Verwundert es da noch, dass unter solchen Bedingungen immer mehr Lehrkräfte die Freude am Beruf verlieren?

Mario Andreotti

Eindrückliches Schweizer Theater

Die letzte Therapie

*Psychologisches Kammerstück von
Giuseppa Gracia*

Die Premiere fand am 23. März vor ausverkauftem Saal in Thalwil statt. Das Stück hat die Zuschauer gepackt.

Ein Psychiater empfängt einen Klienten. Doch ist dieser Klient überhaupt Patient? Oder ist er Gegner oder Konkurrent, oder Spiegelbild des zunächst so überlegen sich gebenden Therapeuten? Dass ihre beiden Leben sind miteinander verwoben sind, erkennt der vom Dialog der beiden gepackte Zuschauer relativ bald. Doch wie sind sie verwoben? Wie sind die beiden, die bald in gegenseitig bedrohliche Lage geraten, miteinander verknüpft? Wie stehen sie in ihrem von allerlei Oberflächlichkeit geprägten Leben? Geht es um eine Liebe? Oder bloss um eine Liebelei? Um echte Gefühle – oder bloss um Abenteuerlust?

Wie es ausgeht, sei nicht verraten. Sicher aber ist: Dem Autor, erstmals ein Theater verfassend, ist ein Werk gelungen, das die Zuschauer in seinen Bann schlägt. Das die Zuschauer zweifellos bereichernd nachdenklich entlässt.

Es sind weitere Aufführungen geplant: Am 1. und 2. Juni im Keller 62 in Zürich (www.keller62.ch). Und am 22. und 23. November dieses Jahres in der Villa Grunholzer in Uster (www.villagrunholzer.ch).

Ein Theatererlebnis, das Sie nicht missen sollten.

Von Demos und anderen Bedeutungslosigkeiten

Massiv überschätzt

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Für das Gros der Bevölkerung grösserer Schweizer Städte sind die regelmässigen Demonstrationen ein Ärgernis erster Güte.



Und jeweils an Samstagen, wo vorwiegend die unter der Woche arbeitenden und Steuern zahlenden Menschen Einkäufe tätigen und einkehren wollen, finden Manifestationen à gogo statt. Ob bewilligt oder unbewilligt, vermummt oder unvermummt, spielt in der Regel keine Rolle. In der Stadt Basel fanden im vergangenen Jahr insgesamt 287 Demonstrationen, Standkundgebungen und «Mahnwachen» statt.

Weil aktuell im Kanton Basel-Stadt bei nicht bewilligten Demos und solchen, welche in Gewalttätigkeiten ausarten, etwas konsequenter durchgegriffen wird, hagelt es natürlich Proteste aus dem links-grünen Lager. Aktuell fordern gewisse Kreise sogar den Rücktritt des Basler Polizeikommandanten.

Jetzt aber zum Kern der Sache. Die Demonstrationen werden landauf landab völlig überbewertet; sei dies seitens der Organisatoren und Teilnehmenden, sei dies seitens der Mainstream-Medien. In der Regel interessieren sich nur die Angehörigen der eigenen Filterblase und solche, die auf Randalen aus sind. Der Rest der Bürger ärgert sich. Wer sich während eines gemütlichen Stadtbummels oder beim Besuch eines Strassencafés irgendwelche politischen Parolen anhören muss und sich wegen der Lautstärke nicht mehr mit seinem Gegenüber unterhalten kann, empfindet die Situation als äussert unerfreulich. Zuweilen kommt es vor, dass Stadtbesucher wegen den polizeilichen Einsätzen und dem Verwenden von Gummischrot und Tränengas Reisausnahmen müssen. Dass dabei den Geschäften in den Flaniermeilen die Kunden ausbleiben, liegt auf der Hand.

Man hat die Swissair und die Credit Suisse an die Wand gefahren. Demnächst geht es dem Schweizer Volk an den Kragen und die Politiker schauen zu.

Mehr dazu im Buch:
Warum die Schweizer aussterben werden.

Der Geheimdienst profitiert

Aber beim Wunsch gewisser Politikerinnen und Politikern zur Überwindung des Kapitals dürfte dies wohl ein begrüssenswerter Kollateralschaden sein. In der Regel haben sich die Menschen schon lange ihre Meinung gemacht und müssen über Themen wie Klimahype, Genderwahn oder fremde Händel nicht noch zusätzlich auf der Strasse belästigt werden. Wenn Samstag für Samstag Kurden den öffentlichen Raum für sich beanspruchen und das Konterfei von Abdullah Öcalan, dem Gründungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), vor sich hertragen, dann interessiert dies niemanden. Vielleicht aber doch. Nämlich den Agenten und Spitzel des MIT, des türkischen Geheimdienstes, welche im Umfeld solcher Manifestationen anwesend sein dürften und auf diese Weise ohne grösseren Aufwand Personalfichen anlegen, bzw. aktualisieren können. Auch wenn solche Aktivitäten nach Schweizer Recht nicht zulässig sind.

Nach dem Militärputsch 1973 in Chile und der gewaltsamen Machtergreifung durch General Augusto Pinochet, im Zuge derer sich der gestürzte, sozialistisch-marxistische Präsident Salvador Allende das Leben nahm, kam es in vielen Schweizer Städten zu Demonstrationen. In dieser Zeit stand ich anfangs der 70-er Jahre als junger Polizist im Ordnungsdienstesinsatz, und bei einer solchen Anti-Pinochet-Demo skandierten in Basel die Manifestanten «Allende, Allende, der Kampf ist nicht zu Ende!» Gebracht hat es nichts. General Pinochet sass während vieler Jahre fest im Sattel, zuerst als Vorsitzender der Militärjunta und später als Präsident von Chile.

Wofür oder wogegen wird demonstriert?

Wer denkt, dass der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung an den Themen solcher Demonstrationen interessiert ist, irrt gewaltig. In nicht wenigen Fällen sind nicht einmal die Demoteilnehmenden selbst daran interessiert, weshalb überhaupt die Manifestation stattfindet, an der sie aktuell teilnehmen. Nach der Festnahme einer Frau, welche in Basel Steine gegen die Polizeikräfte geschleudert hatte, führte ich als Kriminalbeamter die Einvernahme durch. In der folgenden Befragung konnte sie den Grund der Manifestation nicht nennen und führte aus, dass sie nur deshalb mitmarschiert sei, weil sie dazu von einem «geile Siech» animiert wurde. Es sind dies mitunter Gründe, weshalb Menschen demoverseuchte Städte meiden und es vorziehen, in kleineren und oftmals auch feineren Städtchen in der Agglomeration – gerne auch im nahen Ausland – ihr Geld auszugeben.

Markus Melzl

Der Trick mit der Rahmenerzählung

So wird Massenmigration produziert

Der folgende Textauszug stammt aus dem Text «Rahmenerzählungen bis zum Untergang», erschienen in «eigentümlich frei», Nr. 230, März 2023, aus der Feder von Joachim Kuhnle. Er ist Diplomphysiker, hat als Dr. Ingenieur promoviert und arbeitet in der wehrtechnischen Industrie. Kuhnle zeigt nachstehend am Beispiel «Massenmigration» auf, wie der breiten Öffentlichkeit durch sogenannte Rahmenerzählungen eine Realität vorgegaukelt wird, die es gar nicht gibt. So werden die Massen psychologisch beeinflusst, irreführt und für Machtinteressen missbraucht, die letztlich unsere Freiheit und Demokratie zerstören.

Stellen wir uns einen jungen Mann aus Äthiopien vor, der für sich in seinem Heimatland keine Zukunftsperspektive sieht und plant, nach Deutschland (oder in die Schweiz – die Red.) auszuwandern. Ein Flug von Addis Abeba nach Frankfurt kostet nicht die Welt, die Reise dauert nur ein paar Stunden. Doch die Fluggesellschaft verweigert dem Tatendurstigen die Reise. Er hat kein Einreisevisum. Aus libertärer Sicht kann man das kritisieren. Wozu benötigt man denn ein Visum? Die Antwort ist ganz einfach: Wäre es jedem auf der Welt gestattet, nach Deutschland einzuwandern, stünden ein paar Tage später Hunderte Millionen Einwanderer auf deutschen Flughäfen. Die komplette Ordnung im Land würde zerfallen, der Kampf ums Überleben, um Besitz und Nahrungsmittel, würde allen Wohlstand augenblicklich vernichten.

Es ist daher zwingend notwendig, die Einwanderung zu begrenzen. Die politische Debatte darüber ist allerdings von den herrschenden Kreisen nicht gewollt. Man will das deutsche Volk zu deutlich mehr Einwanderung zwingen, als es jemals mehrheitlich akzeptieren würde, warum auch immer. Man kann das aus moralischen Gründen falsch finden, doch in einer Demokratie sollte man den Willen der Mehrheit akzeptieren. Das ist jedenfalls ein Prinzip der Demokratie.

Organisierte Kriminalität

Die Bundesregierung wirbt in unterentwickelten Ländern in allen Sprachen damit, Einwanderungswillige sollen in Deutschland einen Asylantrag stellen. Das Asylrecht, das einst zum Zweck erfunden wurde, politisch Verfolgten einen vorübergehenden Schutz anzubieten, wird zweckentfremdet, um eine demokratisch nicht mehrheitsfähige Einwanderungspolitik zu erreichen. Um den Zustrom dann auf höherem Niveau einigermassen zu begrenzen, zwingt man die Migranten, eine gefährliche und kostspielige Reise zu unternehmen. Der junge Mann aus Äthiopien muss sich durch die afrikanische Wüste bis nach Libyen durchkämpfen, dort sehr viel Geld an einen Vermittler bezahlen, der im richtigen Augenblick den Migranten auf ein kleines billiges Boot setzt und aufs Mittelmeer schickt. Hierbei besteht wieder Lebensgefahr. Vor der Küste warten dann vorwiegend deutsche Schiffe, die extra dorthin gefahren sind, um die Migranten von Libyen nach Italien zu bringen. Es ist organisierte Kriminalität.

Die Besatzung steht mit den Vermittlern an der libyschen Küste ständig in Kontakt. Von Italien aus fahren

die Neubewohner dann mit der Eisenbahn nach Deutschland. Die Prozedur ist von vorn bis hinten illegal, sie widerspricht allen geltenden Gesetzen. Trotzdem wird dieses Treiben von der Regierung gefördert und finanziert. Die Schiffe sind direkt oder indirekt von den deutschen Steuerzahlern bezahlt. Die Migranten erhalten auch dann eine lebenslange Vollversorgung, wenn sie keinen Asylgrund haben und sogar dann, wenn sie schwere Gewaltstraftaten begehen. Eine Ohrfeige für jeden Rechtsstaat.

Dogmatisch eingehämmerte Behauptungen

Damit die Empörung in der Öffentlichkeit erst gar nicht aufkommt, gibt es eine passende Rahmenerzählung. Die Migranten werden nicht Einwanderer, sondern «Flüchtlinge» genannt. Das, was sich auf dem Mittelmeer abspielt, ist kein kriminelles Schleusertum, sondern «Seenotrettung». Wer das Ungeheuerliche kritisiert, ist herzlos, weil er alle «Flüchtlinge» ertrinken lassen möchte. Ausserdem sind alle Kritiker grundsätzlich «Fremdenfeinde», «Rassisten» und natürlich «Nazis». Diese plumpen Dogmen werden in allen Massenmedien bis zum Erbrechen nicht nur täglich, sondern ständig wiederholt, bis mindestens 80 Prozent der Masse alle Dogmen verinnerlicht und jeden Widerspruch aufgegeben haben.

Joachim Kuhnle

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2023: Fr. 60.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Der verlängerte Arm der Linksextremen Hinter feindlichen Linien



Die Stadt Zürich hat ein linksextremes Problem. Regelmässig marschieren bis zu 1'000 schwarz verummte Militante durch die Strassen. Wohl Hunderte sind gewaltbereit. Bei linksextremen Krawallen werden ganze Quartiere verwüstet, Menschen mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails angegriffen, Innenräume von Restaurants zerstört und auch mal ein Coop geplündert. Linksextreme greifen sogar die eintreffende Feuerwehr an. Man stelle sich vor, solche Gewalt käme von der rechten Seite. Die Medien und die Politik würden Sondersendungen und Sondersitzungen einberufen. Die Schweiz würde kopfstehen. Aber die Gewalt kommt von den Linken – und wird deshalb totgeschwiegen und verharmlost.

Manche Linke halten Gewalt für gerechtfertigt. Eine Mehrheit aus SP, Grünen und der Alternativen Liste haben vor einigen Tagen im Stadtzürcher Parlament ein Vorstosspaket der SVP gebodigt. Die SVP wollte damit den Stadtrat beauftragen, endlich den

Linksextremismus zu bekämpfen. Der Stadtrat wollte die SVP dabei sogar teilweise unterstützen. Doch die Grünen machten sich in der Debatte über die Gewaltopfer lustig. Die "Alternativen" meinte sogar, dass gewalttätige Ausschreitungen «sozialer Fortschritt» bedeuteten. Der Arm der militanten Linksextremen reicht bereits bis weit ins Parlament hinein – und kann dort Mehrheiten schaffen. Dies muss jedem aufrechten Demokraten Sorgen bereiten.

Auch der Bundesnachrichtendienst BND weist nach, dass fast alle politisch motivierte Gewalt von Linken kommt. Warum schreiben die Kartellmedien davon nichts? Zeitungen wie der Tages-Anzeiger und der Blick nennen die gewalttätigen Linksextremisten liebevoll «Aktivisten». In einem Beitrag nach einer linksextremen Gewaltorgie vor wenigen Wochen zeigte das SRF nicht die linksextreme Gewalt, sondern ungefiltert die Sprechchöre der Antifa-Schergen. Das Verhalten der Kartellmedien lässt tief blicken. Die Linksextremen sind in die Parlamente und die Redaktionsstuben vorgedrungen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Churz & Bündig

Eine Dame, die sich «Stadtforscherin» nennt und als Assistenz-Professorin für Sozial- und Kulturgeographie an der Universität Zürich wirkt, profiliert sich mithilfe des Tages-Anzeigers als Ratgeberin für Schweizerinnen und Schweizer: Sie müssten sich, sagt sie, von angestammten Gewohnheiten endlich trennen und ihre «Platzbedürfnisse radikal überdenken». Im Klartext heisst dies: Ab ihr Schweizer in den Hühnerstall! Macht endlich Platz, auf dass sich die ungehinderten und zumeist illegalen Einwanderer in Euren Wohnungen breitmachen können. Ein Rezept, das zweifellos mit Dynamit geladen ist.

*

Unglaublich, was die rot-grün regierten Deutschen, auch von der in sich selbst versunkenen CDU im Stich gelassen, alles über sich ergehen lassen müssen: Zugsausfälle, Zugsverspätungen um Stunden, Umleitungen wegen einsturzbedrohter Brücken, unerreichbare, aber Bussen verteilende Verwaltungen, Zusammenbruch der Infrastruktur. Das Wirtschaftswunderland treibt offensichtlich dem Ruin entgegen. Doch seid getrost, schwergeprüfte Nachbarn: Eure Aussenministerin übermittelt Euch über die sozialen Medien wortreich Grüsse zum Ramadan: Ein Monat eingeschränkten Verharrens in Tatenlosigkeit wäre Wohltat fürs ganze Land, baerbockt die Frau ihrem Gefolge. Ob sie auch zu Ostern Glückwünsche zu verbreiten gedenkt, war bis zum Redaktionsschluss nicht herauszufinden.

us

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<SCHWACHE PRÄSIDENTEN FÜHREN KRIEG. STARKE PRÄSIDENTEN SCHAFFEN FRIEDEN.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin
- B Henry Kissinger, US-Aussenminister unter Präsident Richard M. Nixon
- C Marcus Tullius Cicero, römischer Senator und Gegner von Julius Cäsar
- D Fürst Otto von Bismarck, erster Reichskanzler im 1871 geschaffenen Deutschen Kaiserreich

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 12. April 2023** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch
Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer Schweizerzeit-Tafelrunde eingeladen, einem Nachessen für zwei Personen mit dem Schweizerzeit-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der Schweizerzeit Nr. 08/23 vom 21. April 2023.

Keine Verwässerung des Volkswillens: Verhüllungsverbot umsetzen!

Am 7. März 2021 wurde die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» von Volk und Ständen angenommen. Einige Ständeräte wollen die **Umsetzung des Volkswillens hintertreiben** und noch weiter hinauszögern. Statt eines griffigen Gesetzes, welches das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum landesweit einheitlich durchsetzt, wollten sie Tür und Tor öffnen für 26 verschiedene Kantonslösungen.

Dieses Manöver ist Gott sei Dank in der Frühlingsession des Parlaments gescheitert. Nun liegt der Ball erneut beim Ständerat. Wir vom Egerkinger Komitee kämpfen mit Nachdruck dafür, dass der Volkentscheid konsequent umgesetzt wird. Wir werden **nicht akzeptieren**, dass es an **Demos Ausnahmen für Vermummte** geben soll. Das Volk hatte sich klar und deutlich ausgedrückt: Schluss mit Burka und Niqab und Schluss mit vermummten Chaoten!



Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident
Egerkinger Komitee

Vorstandsmitglieder des Egerkinger Komitees:

NR **Walter Wobmann**, Gretzenbach SO
NR **Therese Schläpfer**, Hagenbuch ZH
Anian Liebrand, Geschäftsführer, Ruswil LU
Grossrat Dr. **Patrick Freudiger**, Langenthal
Nils Fiechter, Oberwil i.S. BE
Roland Haldimann, Oberentfelden AG

Egerkinger
 **Komitee**

**Für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung
und des christlichen Abendlands**

Werden Sie Unterstützer des Egerkinger Komitees!

www.egerkingerkomitee.ch - Mitglied werden

- Ich möchte Unterstützer des Egerkinger Komitees werden (mind. Fr. 10.- pro Jahr).
 Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Vorname Name

Strasse PLZ / Ort

E-Mail Telefon

Geburtsdatum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Egerkinger Komitee, 6000 Luzern oder per E-Mail: info@egerkingerkomitee.ch
Spenden auf PC-Konto 89-105410-9 | IBAN CH09 0900 0000 8910 5410 9





Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Eine Zeitung hat sie «Die Unbeirrbare» genannt. Und weiter hiess es da: «Als Berner SVP-Grossrätin hat sie mit ihren Vorstössen sogar Parteikollegen genervt. Für die Linke war sie eine Hardlinerin. Dennoch zollen ihr viele Respekt.» Und nachdem die Unbeirrbare vor zwei Jahren wegen der Amtszeitbeschränkung aus dem Grossen Rat ausscheiden musste, lässt die Katze das Mäusen nicht: Auf Wunsch ihrer Partei tritt sie im kommenden Herbst mit 73 Jahren nochmals bei den Nationalratswahlen an.

Sabina Geissbühler-Strupler



Velofan Sabina Geissbühler radelt jährlich 4'000–6'000 km

In damaligen Zürcher Bauerndorf Geroldswil am 10. Mai 1950 geboren, wächst Sabina Strupler mit fünf Geschwistern auf und erlebt in materiell bescheidenen Verhältnissen eine glückliche Kindheit. Sie hat das Glück, schon in der Primarschule vorbildhafte Lehrerinnen zu haben, die im Sinne Pestalozzis bestrebt sind, bei den Kindern Kopf, Herz und Hand gleichermassen zu fördern.

Im parteilosen, aber politisch aktiven Elternhaus lernt sie schon früh, dass Ideen nur mit guten Argumenten eine Umsetzungschance haben. «Ich war ein unbequemes Mädchen, wollte immer allem auf den Grund gehen und hatte stets unendlich viele Fragen, die ich beantwortet haben wollte. Meine Neugierde für das Leben, auch das Leben anderer Menschen und Völker, führte dazu, dass ich schon früh positive, aber auch negative Lebenserfahrungen sammeln konnte. Später – durch meine eigene Familie mit Mann, Tochter und drei Söhnen – kamen dann ganz verschiedene Lebenserfahrungen und damit auch politisches Rüstzeug zusammen.»

Kulturschock

1962 zieht die Familie nach Bern, wo der Vater die Turnlehrerausbildung aufbaut. Die konservative

Familie kommt ausgerechnet in die linkslastige Halensiedlung in Herrenschandlen – für Sabina, die zudem wegen ihres Zürcher Dialekts gehänselt wird, ein echter Kulturschock. Sie kämpft sich aber wieder hoch, besucht das Lehrerinnenseminar Marzili und lernt schliesslich bei der Turnlehrerausbildung ihren künftigen Mann kennen.

30 Jahre Kampf gegen den EWR/EU-Beitritt

Zwei Ereignisse stählen schon früh den Kampfgeist von Sabina für eine selbstbestimmte Schweiz. Am 20. November 1992 erlebt sie die Veranstaltung zum EWR-Beitritt mit den Bundesräten Arnold Koller und Adolf Ogi im Bundesbrief-Archiv. Diese behaupten tatsächlich, es gehe nur um den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum – obwohl die bundesrätliche Botschaft vom 18. Mai 1992, Seite 59, unmissverständlich besagt: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europastrategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat. So stellt sich unsere Beteiligung am EWR heute als Etappe dar, die uns dem Beitrittsziel näherbringt.» In der Folge tritt Sabina als überzeugte EWR/EU-Beitrittsgegnerin der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) bei. Das zweite Ereignis ist für sie geradezu traumatisch, als am 6. Oktober 2007 linke Chaoten den festlichen Umzug der SVP für eine souveräne Schweiz mit rund 10'000 Teilnehmern zum Bundesplatz mit einer kriegsähnlichen Gewaltorgie stoppen und unbeschreibliche Verwüstungen mit zahlreichen Verletzten anrichten.

Aktive Politik im Grossen Rat

Nach ihrem Einzug ins Kantonsparlament (2008) leistet Sabina Geissbühler einen Dauereinsatz für das Kindeswohl, gegen Drogen und für körperliche Ertüchtigung. So gründet die Eidg. dipl. Turn- und Sportlehrerin, Schwimminstruktorin und Fitness-Pionierin einen privaten Bewegungskindergarten – aber auch den Verein «Eltern gegen Drogen». «Eine staatliche Drogenabgabe ist eine Kapitulation. Nur mit einem Verbot ist ein Ausstieg aus der Sucht möglich», meint die Kämpferin. Darum findet sie auch die kürzlich «versuchsweise» bewilligte Cannabis-Abgabe in Zürich völlig verfehlt. «Es ist der verhängnisvolle Weg des geringsten Widerstandes!»

Als Primarlehrerin mit Lehrerfahrung mit Kleinkindern bis zu Erwachsenen lagen und liegen ihr Gesundheits-



Sabina Geissbühler will den Dingen immer auf den Grund gehen. Als Rucksacktouristin in Eritrea (von wo jährlich Tausende junger Männer bei uns Asyl begehren) hat sie 2017 das ostafrikanische Land auf eigene Faust erkundet. Ihr Befund: Eritrea wird mit harter Hand regiert. Das gilt auch für die Jungen, die zum Nationaldienst eingezogen werden. Arbeitslosigkeit und Hunger gibt es aber nicht. Und für afrikanische Verhältnisse sind die Schulen und Spitäler vorbildlich. Einen Grund für Asylgewährung gibt es nach ihrer Beurteilung nicht. Hier trifft sie eritreische Christen.

Erziehungs- und Bildungsthemen besonders am Herzen. «Zum Beispiel kämpfe ich dafür, dass für verhaltensauffällige und benachteiligte Kinder wieder die bewährten Kleinklassen eingeführt werden. Die Integration aller Kinder in den Regelklassen schafft grosse Probleme und bringt Nachteile für Schüler und Lehrkräfte sowie enorme Mehrkosten für den Förderunterricht. Mein entsprechender Vorstoss im Grossen Rat wurde absurderweise in den Medien als «menschenunwürdig» taxiert und sogar karikiert (siehe nebenstehende Illustration von Orlando).

Während ihrer letzten Sitzung im Grossen Rat kämpft Sabina Geissbühler noch einmal für ein Herzsanliegen – das sogenannte Team-Teaching im Kindergarten. Ihr Credo: Kinder mit vier Jahren gehören noch nicht in den Kindergarten, denn sie brauchen noch die Eins-zu-eins-Betreuung im Elternhaus. «Studien besagen, dass Kinder v.a. zwischen vier und sieben Jahren ihren Wortschatz ausbilden, viele Fragen stellen und darum besonders viel Aufmerksamkeit brauchen. Im Grossverband des Kindergartens sind sie überfordert.» Schliesslich werden ihre Anträge aber abgelehnt. «Blast mir doch in die Schuhe!» habe sie nach dieser Niederlage gedacht. So sei ihr wenigstens der Abschied etwas leichter gefallen.

Sie ist beharrlich und wartet ab, bis sich einige politische Niederlagen vielleicht doch noch in Siege verwandeln. So kritisierte sie das seinerzeit eingeführte Frühfranzösisch-Lehrmittel «Mille feuilles» als eine der Ersten. Heute ist ihre Kritik mehrheitsfähig, das umstrittene Lehrmittel-Obligatorium steht vor dem Aus.

Derzeit leistet die Unermüdliche folgende Einsätze: Seniorenturnen, soziale Alterspflege und Suchthilfe (als Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen»), sie ist freischaffende Journalistin, Autorin, Mutter, Grossmutter (mit sieben Enkelkindern,

die sie regelmässig betreut) und Hausfrau. Und nun steigt die 73-Jährige – wie gewohnt mit vollem Einsatz – erneut ins Rennen als Nationalratskandidatin. Sie präsentiert sich als begeisterte Velofahrerin und lässt die Leute im Rahmen eines Wettbewerbs mit attraktiven Preisen raten, wie viele Kilometer sie bis zum Wahltag, dem 22. Oktober, zurücklegen wird. Und ihr Programm? Sie will mehr Wertschätzung für unbezahlte Freiwilligenarbeit, eine unabhängige, neutrale Schweiz, eine gesteuerte Zuwanderung, die finanzielle Entlastung der Familien – für mehr Eigenverantwortung bei der Kinderbetreuung, weniger Bürokratie, mehr Sicherheit sowie ein bezahlbares Gesundheitswesen.

*

Wie schafft Sabina Geissbühler (s.g.s@bluewin.ch) das alles? Der Leitspruch für ihr Leben, der ihr immer wieder Kraft gibt, stammt von Franz von Assisi (1181–1226): «Herr, gib mir die Kraft, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann, die Gelassenheit, das Unabänderliche zu ertragen, und die Weisheit, zwischen diesen beiden Dingen die rechte Unterscheidung zu treffen.»

Hans Fehr



(Auf dem Anhänger steht: LEISTUNGSSCHWACHE, FREMDSPRACHIGE, VERHALTENS GESTÖRTE KINDER)

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 24. Mai 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz» im Haus der Freiheit

Vortrag von Ulrich Schliuer mit anschliessender Diskussion
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Mittwoch, 21. Juni 2023, 19.30 Uhr

«Sicherheit: Waffenlieferungen ins Ausland?»

Schweizerzeit-Frühjahrsveranstaltung 2023 mit Vortrag von NR Mauro Tuena, Präsident Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

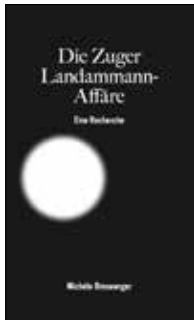
Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Mülhausen – Basel – St. Jakob an der Birs – Birr AG
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg
Veranstalterin: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH

Büchertisch

BESTSELLER



Die Zuger Landammann-Affäre

Eine Recherche

Michèle Binswanger

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50



verheimlicht – vertuscht – vergessen

Was 2022 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Auch für 2023 liegt «das andere Jahrbuch» vor – über Fakten und Tatsachen, die in den Mainstream-Medien unerwähnt blieben. Obwohl auf der Bestseller-Liste des «Spiegel» – vom Buchhandel wird dieses Buch totgeschwiegen. Sein Inhalt ist Vielen allzu brisant.

Kopp, Rottenburg 2023, 278 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 21.50



Hunter Bidens Laptop from Hell

Die Zensur der Internet-Giganten und die schmutzigen Geheimnisse des Joe Biden

Miranda Devine

Mehr als nur zweifelhafte Umtriebe des Präsidentensohns Hunter Biden in der Ukraine sind seit Frühjahr 2019 bekannt – wurden von den Medien im und nach dem US-Wahlkampf aber ausgeblendet. Die brisanten Fakten liegen jetzt vor: Pflichtlektüre!

Kopp, Rottenburg 2022 (Post Hill Press 2021), 280 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 28.35

AKTUELL



Atomkraft – Das Tabu

Brauchen wir Kernkraftwerke?

Martin Schlumpf

Die Politik will alles elektrifizieren – aber der Strom fehlt. Spar-Appelle klingen schön und gut, beseitigen den Strommangel allerdings keineswegs. Kernkraftwerke der neusten, kaum Abfall hinterlassenden Technologie bieten eine überzeugende Alternative an.

Edition Königstuhl, Ulm 2023, 166 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Der alte, weisse Mann

Sündenbock der Nation

Norbert Bolz

Linke und Medien verbreiten das Zerrbild, wonach die abendländische Welt und die abendländische Kultur das Verderben der Menschheit als Ziel verfolge. Medienwissenschaftler und Philosoph Norbert Bolz deckt die Hintergründe dieser verderblichen Beschuldigungs-Ideologie auf. Ein herausragendes Buch.

LangenMüller, München 2023, 221 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 29.60



Das grosse Klimarätsel

Woher kommt das viele CO₂?

Eike Roth

Die ganze Klimadiskussion mit ihren Anklagen an die zivilisierte Welt beruht auf der Behauptung, dass CO₂ menschengemacht sei und die Welt ins Verderben stürze. Der Autor geht dieser Behauptung nach und zeigt überzeugend, dass ihr das Fundament fehlt.

BoD, 130 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 15.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 13.95

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



111 Orte in Zürich, die man gesehen haben muss

Oliver Zwahlen

Einladung zur Entdeckungsreise im eigenen Land. Von Alfred Escher bis zum Forch-Denkmal. Von den Bernoulli-Häusern bis zum Friedhof Sihlfeld. Vom Bürkli-Flohmarkt bis zum Gessner-Garten.

Ein Reiseführer für Zürcher und Nichtzürcher.

emons, Köln 2022, 235 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 24.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.40



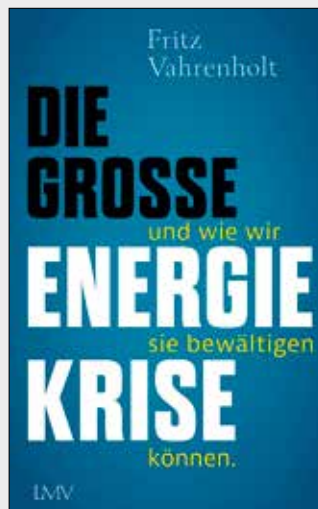
Berg-Beizli-Führer

Richi Spillmann

Die Ausgabe 2022/23 ist da: Unverzichtbarer Begleiter zu jeder Bergwanderung.

Spillmann, Zürich 2022, 454 S., 28 Karten Mitnahmeformat, brosch., ill., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10

BUCHZEICHEN



Die grosse Energiekrise

Und wie wir sie bewältigen können

Fritz Vahrenholt

Fritz Vahrenholt ist der kompetenteste Kenner der Energie- und Klima-Problematik unserer Zeit.

Sachlich und präzise nimmt er zu allen Behauptungen in Sachen Energiekrise Stellung. Er erklärt Zusammenhänge

und stellt unbewiesene Behauptungen von Klima-Aktivisten richtig. Er zeigt, was der Menschheit blüht, wenn unter Klima-Vorzeichen ideologisch geprägter Dirigismus die Energienutzung für Haushalte und Wirtschaft reglementieren will. Ein unverzichtbares Buch zur Klima-Debatte.

Fritz Vahrenholt: «Die grosse Energiekrise – und wie wir sie bewältigen können». LangenMüller, München 2023, 205 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr.30.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht ... **à Fr. 21.50**
- Miranda Devine – Hunter Bidens Laptop ... **à Fr. 28.35**

Aktuell

- Martin Schlumpf – Atomkraft – Das Tabu **à Fr. 25.10**
- Norbert Bolz – Der alte, weisse Mann **à Fr. 29.60**
- Oliver Zwahlen – 111 Orte die ... **à Fr. 22.40**

Heimat

- Giuseppe Gracia – Schwarzer Winter **à Fr. 24.20**

- Richi Spillmann – Berg-Beizli-Führer **à Fr. 35.10**

Buchzeichen

- Fritz Vahrenholt – Die grosse Energiekrise **à Fr. 27.45**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(07/06.04.2023)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Montag, 10. April 2023, 10 Uhr

Meinungsfreiheit am Ende?

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Anian Liebrand

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

21. April 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Chaoten mit Rückenwind

In der Nacht auf den Palmsonntag haben Linksextreme einmal mehr Zürich unsicher gemacht. Mehrere hundert Chaoten fegten durch die Kreise 4 und 5 und verwüsteten ganze Strassenstriche. Wie hoch die Gewaltbereitschaft war, lässt sich an den Überresten der Eskalation ablesen: Zerstörte Autoscheiben, demolierte Polizeiautos und umgeworfene Abfallcontainer. Sieben Polizisten wurden verletzt, 17 Personen wurden festgenommen.

Die schwarzen Horden formierten sich in Reih und Glied – bereit für den ultimativen Zerstörungsrausch. Wer die Videoaufnahmen sah, war schockiert. Die Marodeure organisierten sich geradezu militärisch, die Gewaltbereitschaft war maximal. So auftreten kann nur, wer sich seiner Sache sicher ist, über gefestigte Strukturen und Rückzugsorte verfügt – und weiss, dass man von der Politik auch nach grössten Gewaltexzessen bloss mit Samthandschuhen angefasst wird.

Die linksextreme Szene ist seit Jahren eine spürbare Gefahr für die öffentliche Ordnung – dabei schreckt sie auch vor physischen Angriffen auf Andersdenkende nicht zurück. Erst kürzlich wurde in Bern ein Rasta-tragender Sänger der Band «Lauwarm» von Linksextremisten zusammengeschlagen. Obwohl sie eine veritable Staatsgefahr sind, lässt man

die Linksextremisten in den links-grün regierten Städten über weite Strecken gewähren. Man lässt sie illegal fremdes Eigentum besetzen und unterstützt mit öffentlichen Geldern sogar ihr Fortbestehen (z.B. in der Reithalle der Stadt Bern).

Der harte Kern gewaltbereiter Linksextremisten dürfte sich schweizweit aus mehreren hundert Personen zusammensetzen. Das linksextreme Umfeld (Sympathisanten und Mitläufer mit einbezogen) entfaltet ein Mobilisierungspotenzial, das in die Tausende reicht. Das ist ein x-faches mehr als beispielsweise die rechtsextreme Szene noch zu Aufmärschen aufbieten kann.

Um so unverständlicher ist, dass der Bundesrat im Rahmen der Umsetzung des Verhüllungsverbots Ausnahmen für Gesichtsvermummung an Demonstrationen vorsieht. Die Begründung, es gelte ausländische Demonstranten vor Verfolgung in ihrem Heimatland zu schützen, verdeckt die tatsächliche Wirkung dieser absurden Ausnahme: Vermummte Chaoten könnten weiterhin nicht wegen der Vermummung dran kommen – obwohl dieses Anliegen mit dazu geführt hatte, dass das Verhüllungsverbot am 7. März 2021 vom Schweizer Souverän angenommen wurde.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt